

Im Sog des Subventionsstrudels



In der EU wird der Ruf nach einer entschlossenen Reaktion auf den US-amerikanischen „Inflation Reduction Act“ (IRA) lauter. Damit droht ein transatlantischer Subventionswettbewerb. Hierbei stehen Gewinner und Verlierer schon vorher fest: Es gewinnen regelmäßig gut organisierte Lobbyinteressen, auf der Strecke bleibt das Gemeinwohl.

Schon vom Umfang her gibt es wenig Anlass, den IRA auf EU-Seite zu kontern. So beläuft sich das zehnjährige US-Programm auf weniger als zwei Promille der dortigen Wirtschaftsleistung, Tendenz abnehmend. Allein das NextGenerationEU-Programm ist dreimal größer und zielt in eine ähnliche Richtung. Gewichtiger sind jedoch ökonomische Argumente, die generell industriepolitisch motivierten Subventionen wenig Aussicht auf Erfolg bescheinigen.

Wissensproblem: hohe Hürde für staatliche Eingriffe

Industriepolitik erfordert den Nachweis, dass staatliche Stellen die Marktfähigkeit von Gütern und Produktionsver-

fahren besser einschätzen können als private Akteure. Dies ist im Regelfall nicht zu erwarten, weil das relevante Wissen nur dezentral vorliegt. Auch haben private Akteure durch den Einsatz eigener Mittel stärkere Anreize, Marktchancen sorgfältig auszuloten. Die Beweislast liegt damit klar im Spielfeld der intervenierenden Wirtschaftspolitik. Je anwendungsnäher eine ökonomische Aktivität, desto schwerer fällt dieser Nachweis. Lediglich im Bereich der Grundlagenforschung – also gerade dort, wo es nicht um industriell unmittelbar verwertbares Wissen geht – ist eine staatliche Förderung aus Kollektivgutüberlegungen heraus am ehesten vertretbar.

Auch Unternehmer können im Einzelfall falsch liegen, in der Summe erweist sich ein Wirtschaftssystem aber als resilient, wenn produktionsrelevante Entscheidungen dezentral von unabhängigen Akteuren getroffen werden. Lenkt der Staat hingegen die Entwicklung in bestimmte Richtungen, drohen technologische Monokulturen. Diese führen im Misserfolgsfall zu drastischen gesamtwirtschaftlichen Verlusten, weil sich die Produktionsstrukturen insgesamt falsch

Prof. Dr. Stefan Kooths ist Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) Kiel und Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum. VWL-Studium und Promotion an der Universität Münster. Nach fünfjähriger Tätigkeit für das DIW Berlin kam er 2010 zum IfW Kiel, 2014 wurde er dort Konjunkturchef. Zudem ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der BSP Business and Law School in Berlin. Er ist Vorsitzender der Friedrich August-v.-Hayek-Gesellschaft, Mitglied der Mont Pèlerin Society, gehört dem Präsidium des Internationalen Wirtschaftssenats (IWS) an und sitzt im Akademischen Beirat des Liberalen Instituts (Zürich).

ausgerichtet haben. Daraus entspringen zudem implizite Haftungsansprüche der regulierungsunterworfenen Unternehmen, können diese doch geltend machen, nur staatliche Vorgaben befolgt zu haben. Rufe nach Anpassungshilfen sind dann nicht weit.

Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung gesamtwirtschaftlich denken

Subventionen können die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsraums nicht

insgesamt erhöhen. Denn zu ihrer Finanzierung müssen entweder die nicht-geförderten Bereiche stärker besteuert werden (wodurch diese auf den Weltmärkten benachteiligt werden) oder der Staat muss andere standortstärkende Ausgaben einschränken (z. B. Bildungs- oder Infrastrukturinvestitionen). Auch ein Ausweichen auf Schuldenfinanzierung führt nicht aus dieser Zwickmühle, sondern schafft nur weitere Probleme.

Besonders beliebt bei Industriepolitikern: mit Subventionen Wertschöpfung aus der übrigen Welt zurückholen. Was im Einzelfall gelingen kann, geht gesamtwirtschaftlich nicht auf. Denn die nötigen Produktionsfaktoren – insbesondere qualifizierte Arbeitskräfte – müssen von anderen Bereichen abgezogen werden. Damit fällt dort aber Wertschöpfung weg, was im Ergebnis die exportorientierten Branchen trifft. Dadurch werden Vorteile der internationalen Arbeitsteilung aufgegeben, wodurch ein wichtiger Treiber des hiesigen Produktivitätswachstums verkümmert. Gesamtwirtschaftlich ist diese Rückholaktion nicht mal ein Nullsummenspiel, sondern Bürokratiekosten und entgangene Spezialisierungsgewinne machen daraus ein tiefrotes Wohlstandsgrab.

Das Rückgrat eines Wirtschaftsraums muss sich selbst tragen und kann nicht über Subventionen gestützt werden. Tragfähig werden Produktionsstrukturen dadurch, dass sie sich an den Relativpreisen am Weltmarkt ausrichten

– auch dann, wenn diese andernorts durch falsche staatliche Maßnahmen beeinflusst werden. Reagierten die Europäer auf marktwidrige Eingriffe in der übrigen Welt jeweils mit entsprechenden Gegenmaßnahmen, würde nicht die Politik in Übersee marktwirtschaftlicher, sondern die hiesige Wirtschaftspolitik selbst immer interventionistischer. Statt auswärtige Subventionen im Inland zu replizieren (wodurch zugleich die Gefahr von globalen Überkapazitäten steigt), bietet es sich an, auswärtige Subventionen auszubeuken. Konkret: subventionierte Komponenten aus der Welt in die eigenen Wertschöpfungsketten integrieren und daraus attraktive Produkte für den Weltmarkt machen. Allzu lange werden sich die Steuerzahler der übrigen Welt für dieses Sponsoring nicht hergeben wollen.

Auch ein Subventionskorsett für die Energieversorgung schnürt mehr ab, als es stützt. Wie bei jedem Korsett: der Träger erscheint nur optisch attraktiver, sein Körper wird aber auf Dauer krank, weil unliebsamer Speck (= Kostennachteil) nicht abtrainiert, sondern nur weggequetscht wird.

Standortpolitik ohne Subventionswettläufe und Interventionsspiralen

Sollen Subventionen die heimische Verfügbarkeit bestimmter Güter (z. B. Chips) steigern, drohen unliebsame Überraschungen. Denn die im Inland

produzierten Güter werden später an diejenigen verkauft, die dafür am Weltmarkt die höchsten Preise bieten, und nicht dort bleiben, wo einst die höchsten Subventionen flossen. Dies ließe sich nur durch Exportverbote verhindern, wodurch die Interventionsspirale Richtung Abschottung bedenklich weitergedreht würde.

Ein Schleifen der EU-Beihilferegeln lässt einen wichtigen Pfeiler des Binnenmarktes erodieren. In dem Maße, wie die nationale Subventionskapazität mit dem fiskalischen Spielraum variiert, treten erhebliche Wettbewerbsverzerrungen auf. Forderungen nach einer Schuldenfinanzierung auf EU-Ebene sind dann nicht weit. Auf diese Weise führt eine verfehlte Industriepolitik auch zu fiskalisch problematischen Weiterungen.

Fazit: Statt beim Subventionswettbewerb mitzumachen, sollten sich die Europäer dem rauen Wettbewerb auf den Weltmärkten stellen – auch unilateral. Dies wird umso besser gelingen, je produktiver die allgemeinen Standortbedingungen im Binnenmarkt sind. Steuergelder hierfür einzusetzen (oder Steuern zu senken), ist allemal besser als sie an diejenigen ausbezahlen, die nur mit Dauerdoping aus der Staatskasse über die Runden kommen. ■

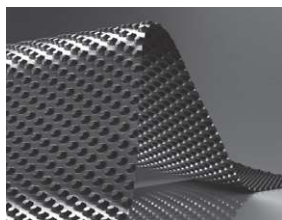
Prof. Dr. Stefan Kooths,
stefan.kooths@ifw-kiel.de,
ifw-kiel.de

Die Kunststoff-Profis aus dem Schwarzwald.

infinex
Group



www.kibo.de



www.iso-drain.de



www.triplex.de



www.repoly.de